

Sozialdemokratische Grundsätze einer solidarischen Gesellschaft

I Agenda 2010 - Absicht und Wirkung

Die Agenda 2010 und die darauf basierende Politik hat die Probleme des Arbeitsmarktes und die dadurch entstandenen Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft nicht gelöst. Mit der Agenda einhergehende unsoziale Härten haben bei vielen Menschen und auch in der eigenen Mitgliedschaft zu einem großen Vertrauensverlust gegenüber der SPD geführt.

Die erhoffte Reduzierung der (Langzeit)arbeitslosigkeit wurde durch die Agenda leider nicht erreicht. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat zu einer Zunahme der Zahl derjenigen, Frauen und ältere Arbeitnehmer geführt, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen landen. Die Verschärfung des Lohndumpings hat viele Familien an den Rand sozialer Notlagen geführt und das gesellschaftliche Gleichgewicht in Bezug auf Verteilungsfragen in eine gravierende soziale Schieflage gebracht.

Auf diese Weise hat die mit der Agenda angestrebte Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zu erheblichen Belastungen der Arbeitnehmerschaft geführt und die Schere zwischen 'Arm' und 'Reich' wurde durch die Agenda nicht geringer, sondern noch größer.

Befürchtungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um ihren Arbeitsplatz trotz sinkender Realeinkommen über Jahre sind durch die Aufweichung des Kündigungsschutzes verstärkt worden.

Die Ängste der Menschen sind auch dadurch gewachsen, dass sie mit der Kürzung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld I bis auf ein Jahr auch bei langer Versicherungsdauer befürchten müssen, dass ihre Ersparnisse durch die Anrechnung beim Arbeitslosengeld II aufgezehrt werden können..

Wir begrüßen deswegen den Beschluss des Präsidiums der Bundes - SPD vom 15. März 2010, in dem die Parteispitze deutlich macht, dass es diesbezüglich ein „Weiter so“ nicht länger geben kann. In einer neuen Grundsatzcharta muss die SPD wieder deutlich machen, dass sie sich zu einer Partei der sozial Schwachen und des breiten Mittelstandes bekennt. Dazu rechnen wir Arbeitnehmer ebenso wie Rentner, Schüler und Studenten ebenso wie Selbständige und mittelständische Gewerbetreibende.

Soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit müssen wieder in den Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik gerückt werden. Wir wollen, dass die Wirtschaft den Menschen dient. Erfolgreiche Wirtschaftspolitik muss genügend Arbeitsplätze bereitstellen, die ein Existenz sicherndes Einkommen gewährleisten.

Zur Erreichung dieser Ziele bedarf es einer Umsteuerung des politischen und wirtschaftlichen Denkens und Handelns auf allen Ebenen. Dazu brauchen wir engagierte Frauen und Männer aus allen Bevölkerungsgruppen, die mit diesen Zielen der Partei in der Gesellschaft dauerhaft ein glaubwürdiges Gesicht geben und die Sozialdemokratie wieder mehrheitsfähig machen.

Blatt 2:

II Unsere politischen Ziele

Grundsätze der Erwerbsarbeit und des Arbeitsmarktes

Wir Sozialdemokraten setzen uns für eine gerechte Verteilung des Wohlstands ein. Der gravierende Gegensatz zwischen 'Arm' und 'Reich' muss durch eine steuernde Politik aufgehoben werden. Dazu gehört unverzichtbar der Anspruch auf ein Existenz sicherndes Einkommen durch vorhandene und staatlich geförderte sozialversicherungspflichtige Arbeit für alle.

Mit gravierenden Einkommenskürzungen verbundene Sanktionen haben weder die Massenarbeitslosigkeit beseitigt noch zu einer entsprechenden Schaffung von Arbeitsplätzen geführt. Deswegen muss dringend über veränderte Verteilungsmechanismen der Fördermittel der Arbeitsagentur und über neue Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten seitens des Bundes entschieden werden.

Subventionen aus Steuermitteln für ausgliedernde und verlagernde Unternehmen müssen ebenso der Vergangenheit angehören wie ausschließlich eine um der Rendite Willen betriebene Finanzakrobatik. Gewinne aus solchen Verlagerungen und Finanztransaktionen sind zu erheblichen Teilen abzuschöpfen. Auch dürfen Verluste innerhalb eines Unternehmens nicht mehr durch Verlagerung in andere Standorte aus Steuermitteln ausgeglichen werden. Steuerliche Entlastungen müssen entfallen, wenn damit nicht eine Absicherung der Arbeitsplätze verbunden wird.

Wir wollen die Rechte der Arbeitnehmer ausbauen und sie in der Absicherung ihrer vielfältigen Erwerbs- und Mobilitätsformen stärken. Dies gilt für den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ebenso wie beim Schutz gegen Willkür und Ausbeutung. Frauen und Männer dürfen weder diskriminiert noch wegen ihres Geschlechts benachteiligt werden. Die partnerschaftliche Tarifautonomie soll gestärkt und nicht beschnitten werden.

Arbeit muss wieder fair bezahlt werden. Dazu gehört das Thema Mindestlohn. Dazu gehört aber auch, die Ungerechtigkeit bei Leih- und Zeitarbeit zu beenden. Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit, Wir fordern eine Gleichberechtigung in der Bezahlung zwischen Frauen und Männer.

Leiharbeit darf nicht zu Lohndrückerei führen. Schon deswegen ist Leiharbeit möglichst umgehend in unbefristete Arbeitsverhältnisse zu überführen. Es kann nicht hingenommen werden, dass Arbeitnehmer über Jahre als Leiharbeiter an denselben Arbeitsplätzen neben ihren Kollegen aus den Betrieben eingesetzt werden, allerdings als Leiharbeiter ein deutlich geringeres Einkommen beziehen. Diese Ungleichbehandlung in den Betrieben stört das Betriebsklima und sortiert die Belegschaft eindeutig ein.

Wir wollen auch, dass befristete Arbeitsverhältnisse so schnell wie möglich in unbefristete Arbeitsverhältnisse übergeleitet werden. Befristungen dürfen jedenfalls nicht ohne sachlichen Grund vereinbart oder fortgeführt werden. Insbesondere junge Menschen werden nach der Ausbildung mit befristeten Jobs abgespeist und ihnen wird suggeriert, dass sie damit zufrieden sein müssen.

Zur Verhinderung einer ungehemmten Ausdehnung von Lohndumping ist flächendeckend ein gesetzlicher Mindestlohn einzuführen. Wir wollen, dass überall faire Löhne gezahlt werden.

Blatt 3:

Dadurch müssen die Menschen in die Lage versetzt werden, mit einem Vollzeitverhältnis ohne Aufstockung mittels Arbeitslosengeld II ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Außerdem dürfen öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen gehen, die Tariflöhne zahlen. Wir halten ein Gesetz zur Tariftreue für unabdingbar.

Wir müssen Langzeitarbeitslosen die schwer vermittelbar sind und keine echte Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, genügend qualifizieren und die Möglichkeit einer entsprechenden Beschäftigung bieten. Sie sollen ein Recht auf Arbeit haben, also die reale Chance auf einen dauerhaften Arbeitsplatz, der sozialversicherungspflichtig ist und vernünftig bezahlt ist. Vor Ort müssen Kommunen, Gewerkschaften und Wirtschaft sicherstellen, dass dadurch keine regulären Arbeitsplätze verdrängt werden.

Der Kündigungs- und Arbeitsschutz, die Tarifautonomie und der Flächentarif bleiben unverhandelbar. Wir wollen das Betriebsverfassungsgesetz ausbauen und prüfen, in welchen Bereichen die Mitbestimmung ausgebaut werden kann. Wir wollen, dass die Teilhabe an Unternehmen für Arbeitnehmer gesetzlich geregelt wird.

Der demografische Wandel wird nicht dazu beitragen, dass der Arbeitsmarkt auf mittlere Dauer vor dem Hintergrund permanenter Produktivitätsfortschritte genügend Vollzeitarbeitsplätze für alle Menschen bietet, die erwerbstätig sein möchten.

Aus diesem Grund werden wir die Diskussion um Modelle für eine Verkürzung der Arbeitszeit neu beleben. Die Arbeitszeiten sind flexibel zu gestalten, um einerseits die Teilhabe in der Familie und in der Gesellschaft zu ermöglichen, andererseits aber auch, um den Übergang ins Rentenalter selbst bestimmt gestalten zu können und durch individuelle Entscheidungen den älteren Arbeitnehmern den Ausstieg aus dem Erwerbsleben humaner abzufedern.

Deswegen muss es dauerhaft zu Reduzierungen der Arbeitszeit kommen, wobei es gelingen muss, dass Arbeitnehmer einerseits in ihrer beruflichen Tätigkeit stetig qualifiziert werden, aber auch auf längere Sicht kein Mangel an Fachkräften entstehen kann. Andererseits müssen alle Menschen realistische Chancen auf einen Arbeitsplatz erhalten.

Zur Würde eines Menschen gehört eben nicht nur ein ausreichendes Einkommen, sondern auch Anerkennung und Wertschätzung. Das erfahren die Menschen in ihrer Familie und natürlich im Arbeitsumfeld, was auch eine Ursache für den rasanten Anstieg von psychosomatischen und psychischen Erkrankungen in der Gesellschaft ist. Wir warnen auch deswegen vor einer sich verstärkenden politischen Gleichgültigkeit, die das Gefühl des Abgeschriebenseins für viele der Betroffenen vermittelt.

Wir müssen im Gegenteil alle Anstrengungen darauf richten, das Ziel einer Vollbeschäftigung bei gleichzeitig notwendiger Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch in einer ständig älter werdenden Gesellschaft wieder mehr in den Fokus zu bekommen

Dort, wo der Arbeitsmarkt jedoch insbesondere für ältere Menschen keine hinreichende Anzahl von Arbeitsplätzen zur Verfügung stellt, muss der politische Ordnungsrahmen dafür durch gesetzliche Regelungen und staatliche Maßnahmen geschaffen werden. Das gilt ebenso bei einem Ausbildungsplatzmangel für Jugendliche. Jede und jeder Jugendliche muss die Chance haben, eine berufliche Ausbildung zu erlangen.

Blatt 4:

Für Menschen, die eine Erwerbsarbeit aus gesundheitlichen Gründen nicht ausüben können, wollen wir eine den grundlegenden Lebensunterhalt abdeckende Grundsicherung, deren Höhe regelmäßig durch einen Beirat, bestehend aus Politik, Wohlfahrtsverbänden, Deutschem Gewerkschaftsbund und Arbeitgeberverband, zu überprüfen ist. Bei Leistungen durch den Staat sind Kinder, Frauen und Männer in gleicher Weise zu berücksichtigen.

Das heißt, auch Kinder sollen wie Erwachsene einen eigenständigen Anspruch auf Existenz sichernde Leistungen erhalten.

Grundsätze der Familienpolitik und gerechter Bildungspolitik

Wir wollen, dass der Staat die notwendigen Voraussetzungen schafft, damit die Familie wieder den Stellenwert in der Gesellschaft bekommen, der sie in die Lage versetzt, für sich und ihre Kinder die Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit herzustellen. Dazu gehört für uns auch ein gesetzlich garantierter befristeter Kündigungsschutz nach der Freistellung zur Kindererziehung.

Dabei wollen wir, dass Phasen der Kindererziehung oder der Pflege älterer Angehöriger das Berufsleben unterbrechen können, ohne dass die Menschen sich sorgen müssen, anschließend nicht wieder in den Erwerbsprozess zurückkehren zu können. Alleinerziehende Mütter oder Väter ohne Arbeitseinkommen erhalten für die Zeit der Kindererziehung Existenz sichernde Unterstützung.

Unternehmen und Betriebe müssen beim Abbau der immer noch weit verbreiteten Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ihren Anteil leisten.

Den Eltern müssen kostenfreie Stunden- und Ganztagsangebote für Kinder ab dem dritten Lebensmonat in Ganztagskindergarten mit der Möglichkeit zur Ganztagsbetreuung angeboten werden. Nach der Einschulung müssen bis zum Schulabschluss ebenfalls entsprechende Ganztagsangebote zur Verfügung stehen.

Gerechte Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen müssen von Anfang an gewährleistet werden.

Wir wollen ein Schulsystem ohne frühzeitige Auslese und fordern Schulen mit hoher Durchlässigkeit. Wir wollen längeres gemeinsames Lernen in einer „Gemeinschaftsschule“. Die Kinder wechseln dann nach der 4. Klasse auf diese Gemeinschaftsschule. Dort bleiben sie in der 5. und 6. Klasse auf jeden Fall zusammen.

Ab der 7. Klasse wird vor Ort darüber entschieden, wie es weiter geht. Entweder integriert – das ist dann so wie heute in der Gesamtschule – oder differenziert in unterschiedlichen Klassen, beispielsweise in Haupt- oder Realschul- oder in gymnasialen Klassen.

Entscheidend ist dabei für uns, dass das schulische Angebot unter einem Dach stattfindet, damit die Übergänge funktionieren. Wir brauchen wieder mehr Aufstieg durch Bildung.

Durchlässigkeit darf sich nicht auf Abstiege beschränken.

Damit künftig möglichst alle Kinder einem Schulabschluss erhalten, stellt der Bund den Schulen Finanzmittel für so genannte Patenschaftsmodelle zu Verfügung.

Blatt 5:

Mit diesem Geld können an den Schulen Honorarkräfte beschäftigt werden, die den Schülerinnen und Schülern nicht in erster Linie fachliche Hilfe erteilen, sondern sie wesentlich auf den Übergang in die von ihnen angestrebten Berufe vorbereiten oder ihnen gegebenenfalls auch alternative Berufsperspektiven aufzeigen.

Für uns Sozialdemokraten ist klar, dass die Schule gemeinsam mit allen im pädagogischen Raum Beteiligten selbst entscheidet, ob sie das Turbo-Abitur oder das Abitur nach 13 Jahren anbietet. Zu gleichen Bildungschancen für alle gehört für uns auch, dass Studentinnen und Studenten ohne Zahlung von Studiengebühren einen Hochschulabschluss erlangen können.

Grundsätze der Gesundheitspolitik und der Altersvorsorge

Gesundheitspolitik ist staatliche Daseinsvorsorge. Zur Finanzierung gehören neben einer Bürgerversicherung auch Transferleistungen des Staates. Diese Zielsetzungen sind allein vor dem Hintergrund des demografischen Wandels unverzichtbar. Hierbei ist für uns jegliches System von Kopfpauschalen ungeeignet und in höchstem Maße unsolidarisch. Beiträge zur Krankenversicherung nach dem Prinzip 'Kopfpauschale' wären einkommensunabhängig und würden insbesondere die Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen belasten.

Das wäre sozial ungerecht, weil der bisherige – zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ohnehin nicht mehr vollständig solidarische - Ausgleich auch unter den Versicherten preisgegeben würde. Die Kopfpauschale würde die gesetzliche Krankenversicherung finanziell ausbluten und eine 'Zweiklassenmedizin' ganz erheblich verschärfen, wenn nicht sogar eine 'Dreiklassenmedizin' hervorbringen.

Bei einkommensunabhängigen Krankenversicherungsbeiträgen würden die finanziellen Mittel nicht mehr ausreichen; der soziale Ausgleich über das Steuersystem würde mehr als 30 Milliarden Euro kosten, den Großteil der gesetzlich Versicherten zu Bittstellern beim Staat werden lassen und gleichzeitig zusätzlich einen hohen bürokratischen Aufwand erzeugen.

Wir werden weiter dafür eintreten, dass Patienten unabhängig vom Einkommen und ohne Zuzahlung einen Anspruch auf alle gebotenen medizinischen Leistungen bekommen. Dies gilt für jede Art der modernen Medizin, sei es die Intensivmedizin oder Naturheilverfahren. Wir wollen, dass die kostenlose Vorsorge wieder einen größeren Stellenwert bekommt, um vermeidbare wesentlich höhere Behandlungskosten zu vermeiden. Auch darf die Praxisgebühr kein Hemmnis für eine umfassende Vorsorge darstellen, Vorsorgeuntersuchungen sollen unabhängig von Praxisgebühr für alle Bürger frei sein.

Durch die deutsche Vereinigung hat das bisherige Sozialsystem erhebliche Einschnitte erfahren. Die Einbeziehung von bis dahin versicherungslosen Menschen hat zu erheblichen finanziellen Verwerfungen bei den Sozialkassen geführt, die zukünftig stärker durch eine Steuer finanzierte Komponente ausgeglichen werden müssen.

Dementsprechend hat der Staat die durch die deutsche Vereinigung eingetretenen Belastungen in der Rentenversicherung durch angemessene Transferleistungen auszugleichen. Ein entsprechender Ausgleich ist auch für versicherungsfremde Leistungen zu leisten.

Eine von allen Erwerbstätigen getragene Sozialversicherung muss allein aus diesen Gründen in ihrer Finanzierung vom Staat nachhaltig abgesichert werden.

Blatt 6:

Wir wollen, dass bei der Berechnung der Beiträge zur Sozialversicherung auch die betriebliche Wertschöpfung der Betriebe und Unternehmen einbezogen wird. Produktivitätsfortschritte sind vor dem Hintergrund zunehmend reduzierter Arbeitsplatzzahlen zu berücksichtigen.

Für die SPD ist eine überproportionale Belastung der abhängig Beschäftigten bei der Finanzierung der gesamtstaatlichen Aufgaben und der Notwendigkeit solidarischer Vorsorge weder sozial gerecht noch wirtschaftlich sinnvoll und deswegen nicht hinnehmbar.

Die bestehende, bisher nur von abhängig Beschäftigten getragene Rentenversicherung muss zu einer Bürgerversicherung umgestaltet werden, in die alle Arbeitnehmer, Selbstständige und Beamte einbezogen werden.

Damit ältere Menschen möglichst lange selbst bestimmt ihr Leben in ihrer gewohnten Umgebung verbringen können, wird ein Netzwerk präventiver Nachbarschaftshilfe ausgebaut.

Ambulante wie stationäre Pflege sollen sich ergänzen und in die örtliche kommunale Planung einfließen. Entsprechende bezahlbare und barrierefreie Wohnungen und Wohnungseinheiten sind in den Stadtteilen zu fördern.

Vor diesem Hintergrund muss die Pflegeversicherung stärker auf die individuellen Bedürfnisse reagieren. Staatliche finanzielle Transferleistungen in das System bleiben auch hier unabdingbar.

Wie im Bereich der Kinderbetreuung ist für uns ein umfangreiches und breit angelegtes qualifizierendes Programm der Berufsauf- und Weiterbildung in den so genannten Kranken- und Pflegeberufen unverzichtbar.

Hier müssen entschiedener als bisher Existenz sichernde Einkommen in Absprache mit den Arbeitgebern und den Gewerkschaften ausgehandelt werden, auch um entsprechende Zukunftssicherheit in der Familienplanung zu gewährleisten.

Pflegende Angehörige werden sozial- und Renten versichert. Sie erhalten eine finanzielle Leistung aus dem Pflegegeld. Durch eine Weiterbildungspflicht sollen die Pflegenden in ihrer Arbeit unterstützt werden.

Für behinderte Menschen muss die Teilhabe in der Familien- und Kindererziehung, in der Eingliederung ins Arbeitsleben und in der täglichen Daseinsversorgung garantiert werden. Dabei können örtliche Netzwerke diese Arbeit unterstützen. Für psychisch kranke Menschen müssen entsprechende und qualifizierte Einrichtungen für Therapien zur Verfügung stehen.

III Stärkung der kommunalen Gemeinschaft

Grundsätze einer solidarischen Finanzierung

Wir müssen den Staat für die Vorsorge und gegen den sozialen Abstieg wieder stärker in die Pflicht nehmen. Dazu bedarf es der Bereitstellung von Finanzquellen, die durch Umschichtung vorhandener Mittel erreichbar sind.

Blatt 7:

Die in der Finanzkrise ungeheuer angewachsene Staatsverschuldung auch in den Ländern der Euro-Zone und die Kosten der Krise von weltweit mehr als drei Billionen US-Dollar wird ohne steuerliches Umsteuern der breiten Bevölkerung aufgebürdet werden, während sich die Profiteure der liberalisierten Finanzmärkte auf Steuerzahlerkosten bereichern.

Wir fordern deswegen wie viele andere gesellschaftliche Gruppierungen auch eine Art Börsenumsatzsteuer, die Finanztransaktionen mit angemessenen Abgaben belegt. Was für Lebensmittel, Autos, Häuser, Medikamente und viele andere Dinge des täglichen Lebens und des Vermögensaufbaus gilt, das muss für den Erwerb von Aktien, Wertpapieren und entsprechenden Titeln gleichermaßen gelten.

Auch wenn die mächtige Finanzindustrie sich noch vehement dagegen sträubt: Die Finanztransaktionssteuer ist unverzichtbar, um der Zockerei und den Spekulationen an den Finanzmärkten Einhalt zu gebieten. Ihre Einführung beugt Finanzkrisen und Währungsattacken vor und sorgt so dafür, dass die Realwirtschaft ihre Produktion besser planen und durchführen kann.

Eine Transaktionssteuer ist angesichts der Entwicklung auf den Finanzmärkten gerecht und kann ökonomisch und ökologisch schädlichem Verhalten entgegensteuern. Neben der Eindämmung von Spekulation, Kapitalflucht, Geldwäsche kann sie auch zur Vermeidung weiterer Umweltzerstörungen dienen.

Zusätzlich muss der politische Ordnungsrahmen den Wetten mit Leergeschäften ein Ende bereiten. Ziel ist auch eine Schrumpfung der Finanzmärkte, um die Krisenanfälligkeit der Weltwirtschaft ungefährlicher zu machen.

Die von den Konservativen immer wieder vorgetragene Behauptung, dass die finanziellen Mittel in der Gesellschaft für weitreichende Reformen nicht vorhanden sein sollen, wird bereits durch die Klientelpolitik der schwarz-gelben Regierungen in Land und Bund widerlegt.

Für bestimmte Berufsgruppen, für Unternehmen und Banken sind Subventionen, Steuererleichterungen und finanzielle Hilfen verfügbar und werden Rettungsschirme aufgespannt. Menschen, Alleinerziehende und Familien in Not dagegen werden an die schmalen Sozialkassen verwiesen.

In der Gesellschaft ist insgesamt ein großes Vermögen vorhanden, das allerdings ungerecht verteilt ist. Zocker an den Börsen, Spekulanten, Hedge Fonds und viele Andere verdienen sich goldene Nasen, während für die Verluste aus risikoreichen Geschäften einerseits die Arbeitnehmer durch Arbeitsplatzverlust oder Einkommensminderungen eintreten müssen.

Andererseits werden die Steuerzahler zur Kasse gebeten, wenn der Staat seine Rettungsschirme finanzieren oder Bürgschaften einlösen muss.

Wir wollen, dass Millionäre nicht länger durch geschickte Nutzung von Abschreibungsprojekten ihre steuerlichen Solidarbeiträge minimieren können oder sich sogar von Steuerzahlungen freistellen können. Diese Forderung dient einem solidarischen Ausgleich in der Gemeinschaft und wird teilweise sogar aus der Gruppe der Vermögenden selbst erhoben.

Blatt 8:

Vermögen und nicht nur Vermögenseinkünfte muss ab einer festzulegenden Höhe bei der steuerlichen Betrachtung berücksichtigt werden. Darüber hinaus muss das Erbschaftssteuerrecht hinreichenden Spielraum bieten, einen leistungslosen Vermögensübertrag mit solidarischen Abgaben zu belegen.

Grundsätze der Stärkung zur Selbsthilfe

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise ist noch lange nicht überwunden. Das spüren die Menschen vor Ort in den Städten und Gemeinden. Deswegen bedarf es einerseits eines Sofortprogramms für die Kommunen, die vor einem Finanzkollaps zu bewahren sind. Andererseits kommt es zum jetzigen Zeitpunkt auch darauf an, von kurzfristigen Konjunktur- zu langfristigen Zukunftsinvestitions-Programmen zu wechseln.

Aber der Staat kann nicht alles allein leisten. Die Gesellschaft muss ihre Solidarität wieder stärker wahrnehmen, andererseits ersetzt Solidarität nicht die Eigenverantwortung. Die Hilfe zur Selbsthilfe muss weiter ausgebaut und in entsprechende örtliche Netzwerke einfließen. Dabei hat der Staat notwendige Hilfen zu gewähren und durch entsprechende finanzielle Transferleistungen seinen Anteil beizutragen.

Um die örtliche Hilfe sicherzustellen, brauchen wir eine stärkere Vernetzung und eine Steuerung mit Hilfe der öffentlichen Hände einschließlich notwendiger Unterstützung der Angebote. Dafür sind entsprechende Kriterien zu entwickeln, die die Qualität der Angebote absichern.

Wir wollen vor Ort den Auf- und Ausbau sozialer Netzwerke, so durch die Schaffung des Sozialraums „Kommune“ mittels einer aktiven Stadtentwicklungspolitik. Nur so kann die Verzahnung kommunaler, verbandspolitischer und privater Hilfen für den gesamten Lebensbereich sichergestellt werden. Erst ein solidarisches Zusammenleben der Menschen mit derartigen Einrichtungen vor Ort macht Nachbarschaftshilfe erlebbar und ermöglicht so die Teilhabe und Emanzipation am gesellschaftlichen Leben in allen seinen Formen.

In der Schaffung dieser Infrastrukturmaßnahmen darf die Kommune nicht alleine gelassen werden. Der Bund und das Land müssen sich an der Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur beteiligen. Die bisherige Praxis von Land und Bund, den Kommunen immer neue Aufgaben zu übertragen, ohne ihnen dafür eine finanzielle Grundlage zu gewähren, ist verantwortungslos den Menschen in den Städten und Gemeinden gegenüber.

Wir halten es darüber hinaus für unverzichtbar, dass die Handlungsfähigkeit der Kommunen durch eine die Städte, Gemeinden und Kreise stärkende Finanzreform gesichert und ausgebaut wird.